



Die Klimachancen der Finanzmarktkrise nutzen

Seite 2

Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern?

Interview mit Prof. Dr. Stefan Rahmstorf. Seite 3

EU muss Verantwortung gerecht werden

Seite 3

Editorial



KLAUS MILKE
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Können wir es schaffen?

Yes we can – auch mit diesem so verbindenden Slogan hat Barack Obama den US-Wahlkampf gewonnen. Er allein kann die sich auftürmenden Probleme nicht bewältigen – nicht in seinem Land und nicht in der Welt. Von einem gewaltigen Negativerbe und allzu hohen Erwartungen wird er nahezu erschlagen.

Auch andere müssen jetzt vorangehen, damit wirklich ein ganz großes »WIR KÖNNEN ES SCHAFFEN« daraus wird. Dazu gehören die Europäer ganz besonders. Die EU muss mit ihrem Energie- und Klimapakete jetzt zeigen, dass sie nicht nur redet, sondern handelt. Polen und Italien führen die Bremsen an, aber Deutschland ist auch dabei, seine internationale Glaubwürdigkeit zu verspielen.

Das klare Signal, auf das die Schwellenländer warten, ist beim Klimagipfel in Posen nicht zu erwarten. Dazu müssten die Industrieländer entschieden vorangehen, die versprochenen Ziele umsetzen und das notwendige Geld organisieren.

Die Finanzkrise bietet in dieser Hinsicht auch Chancen. Werden die Politiker den Mut zu einem Green New Deal finden, indem sie nachhaltige Infrastrukturen und Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz in großem Maße finanzieren?

Und selbst wenn das gelingt: Werden die Verwundbarsten dabei mit im Blick sein, damit auch sie sagen können: »Yes we can«?



Warum ich Germanwatch wichtig finde



RICHARD MUYUNGI
Regierung Tansania,
Vorsitzender des
Adaptation Fund Board

Der Klimawandel hat die Menschheit an einen Wendepunkt gebracht, und die Verhandlungen über ein neues globales Klimaabkommen werden jetzt ernst. Die katastrophalen Folgen des Klimawandels gefährden die Entwicklungschancen vieler Menschen, vor allem in Afrika und den wirtschaftlich schwächsten Ländern. Viele von ihnen werden nicht in der Lage sein, sich schnell genug an die Klimaveränderungen anzupassen. Germanwatch spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Belange der Entwicklungsländer in den Vordergrund zu rücken. Dabei arbeitet Germanwatch mit wichtigen Partnern zusammen, um ein für alle gerechtes Klimaabkommen durchzusetzen.



Poster von Olaf Lutz, das im Rahmen des Germanwatch-Posterwettbewerbs entstand (siehe Seite 3).

Klimagipfel in Posen: Signal zum Aufbruch mitten in der Finanzkrise?

Fast jede in den letzten Monaten neu vorgelegte klimawissenschaftliche Studie zeigt: Die Welt steht in Energie- und Klimafragen am Scheideweg, der in eine hochgefährliche oder in eine klimaausgesicherte Zukunft führen kann. In dieser Zeit kommen die Klimapolitiker der Welt zum Klimagipfel in Posen zusammen. Alle schauen derzeit auf die EU und den neu gewählten US-Präsidenten Barack Obama. Werden sie nun ernst machen mit der angekündigten Energie- und Klimawende? Die EU will bis zum 12. Dezember, dem letzten Tag des Posengipfels, über ihr Energie- und Klimapakete entscheiden. Der Ausgang der EU-internen Verhandlungen ist offen, es steht sehr viel auf dem Spiel (s. Seite 3). Der neue US-Präsident trifft derzeit die Personalentscheidungen und stellt damit auch klimapolitische Weichen für seine Amtszeit.

Die Finanz- und in ihrem Gefolge die Wirtschaftskrise machen zügige und grundlegende Entscheidungen unausweichlich (s. Seite 2): Wollen die USA, die EU und China hunderte Milliarden Euros in ein »weiter so« pumpen oder aber in die für eine Energiewende notwendige Infrastruktur investieren? Setzt sich nun der Reflex durch: Jetzt haben wir Wichtiges zu tun, jetzt macht mal halblang mit dem Klimaschutz! Oder siegt die Erkenntnis, die Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Autor des viel diskutierten Stern-Reports, formuliert hat: »Die gegenwärtige ökonomische Krise sollte uns zwei Dinge lehren. Umso mehr sich Handeln gegenüber zentralen Krisen verzögert, umso größer werden die Konsequenzen sein. Und: Die Welt wird dauerhafte Treiber für Wachstum brauchen, die uns aus der Rezession führen.« Investitionen in ein Stromnetz, das für die Klimawende geeignet ist, sowie in den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, effizienter Häuser und Verkehrssysteme könnten solche Treiber sein, die eine dreifache Dividende abwerfen. Erstens bringen sie den stotternden Wirtschaftsmotor wieder in Gang. Zweitens bleibt in der Folge mehr Geld im Land, anstatt für Öl, Gas, Kohle- und Uranimporte ausgegeben zu werden. Drittens werden dadurch die Risiken für das globale Klima verringert.

Die »Green Economy Initiative« des UN-Umweltprogramms UNEP wird zeitgleich mit dem Start des Klimagipfels in Posen vorgestellt. Sie will vorrechnen, dass Investitionen in das Energie- und Verkehrssystem, in

Umweltschutz, aber auch in eine Landwirtschaft in der Ernährungsfrage zur schnellen wirtschaftlichen Erholung beitragen können, mit positiven Beiträgen zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und zur Armutsbekämpfung. Das deutsche Konjunkturprogramm ist in dieser Hinsicht leider kümmerlich. Die Entscheidung, in welche Richtung die großen Konjunkturpakete der kommenden Monate die Wirtschaft steuern und ob bei der globalen Rahmensezung für Finanzmärkte und Wirtschaft Klimaaspekte eine maßgebliche Rolle spielen oder nicht, wird auch die Dynamik der UN-Klimaverhandlungen stark beeinflussen. Entweder verpassen wir viele Chancen für eine ernsthafte Klimawende – oder aber eine große, sich selbst beschleunigende Klimaschutzdynamik entsteht viel früher, als auch Optimisten gehofft haben.

Die Weichenstellungen beim Klimagipfel in Posen

Der Klimagipfel in Posen vom 1. bis 12. Dezember ist der wichtigste Zwischenschritt auf dem Weg zu einem weltweiten Klimaabkommen, das im Jahr 2009 in Kopenhagen verabschiedet werden soll. Er stellt zentrale Weichen für die Ergebnisse, die es ein Jahr später geben soll. Noch vor Posen erhalten die Verhandler einen »Synthesetext«. Dieser stellt die wichtigsten Vorschläge, die die Staaten dieser Welt in den Verhandlungen seit der Konferenz in Bali im letzten Dezember vorgelegt haben, zusammen. Ziel ist es, bereits durch die Zusammenstellung Dynamik zu erzeugen. Alle Ländergruppen müssen gefordert werden, deutlich mehr als bisher zu tun; zugleich müssen sie erkennen, dass sie insgesamt trotzdem von dem Paket profitieren würden. Die Reduktionsziele für die Industrieländer werden die Bereitschaft der Schwellenländer zum Handeln maßgeblich bestimmen – und umgekehrt. Die große Gruppe der Least Developed Countries wird ernsthaften Klimaschutz in Industrie- und Schwellenländern unterstützen, aber sie, die so gut wie keine Treibhausgase ausgestoßen haben, erwarten viel Unterstützung bei den Anpassungsbemühungen. Ohne den notwendigen Klimaschutz werden ihre Anpassungsversuche allerdings weitestgehend zum Scheitern verurteilt sein, mit Konsequenzen für viele Millionen Menschen.

Die Schwellenländer werden das Ausmaß ihrer Klimaschutzaktivitäten davon abhängig machen, ob ihre Industrie Zugang zu den notwendigen Technologien bekommen wird.

Die Industrieländer sind hingegen nur zu großem Engagement bereit, wenn ihre Wirtschaft vom neuen Boom für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz auch profitiert. All dies zeigt: Der Synthesetext ist die wichtigste Grundlage für ein neues Abkommen, das dann in den kommenden zwölf Monaten verhandelt werden wird.

Es ist zu hoffen, dass einige Meilensteine auf dem Weg nach Kopenhagen schon in Posen beschlossen werden. Ein Schritt in Richtung Vertrauensbildung kann gemacht werden, wenn der Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls ab Posen tatsächlich Anpassungsprojekte finanzieren kann. Der Fonds ist in mehrfacher Hinsicht ein wichtiger Präzedenzfall. Er wird von der ersten internationalen Umweltabgabe überhaupt – einer Abgabe auf den projektbasierten Emissionshandel – gespeist. Im zentralen Entscheidungsgremium haben, anders als bei der Weltbank und vielen anderen Fonds, die Entwicklungsländer die Mehrheit. Dieses Gremium hat sich jüngst auf die strategischen Prioritäten des Fonds geeinigt, die jetzt noch formal auf dem Klimagipfel bestätigt werden müssen.

Außerdem sollten die Regierungen ein Schnell-Start-Programm beschließen. So sollten sie ein ambitioniertes Programm für die Implementierung von Klimaschutz und -anpassung schon im kommenden Jahr auf den Weg bringen. Dadurch könnte die Lücke bis 2013, wenn das neue große Abkommen in Kraft treten soll, geschlossen werden. Darüber hinaus sollten sich die Regierungen auf die Prinzipien des Waldschutzes einigen. Woher das Geld dafür kommen soll und wie viel es sein wird, wird erst in Kopenhagen beschlossen. Zentral bei dieser Frage wird dann sein, ob der Waldschutz in den Emissionshandel integriert wird – und damit weniger Klimaschutz in Energiewirtschaft und Industrie betrieben wird – oder ob er ein zusätzliches Klimaschutzinstrument sein wird.

Posen kann das Aufbruchsignal setzen, das die Welt jetzt braucht: eine Energie- und Klimastrategie, die, sich selbst beschleunigend, aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine klimaverträgliche Weltwirtschaft führt und nicht in die noch größere Krise eines sich selbst beschleunigenden Klimawandels.

CHRISTOPH BALS UND SVEN HARMELING

Beteiligen Sie sich am Klima-Aktionstag am 6. Dezember 2008! – Seite 4

Ein Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern?

Wesentliche Weichenstellungen erfolgen in den kommenden ein oder zwei Jahrzehnten. Gespräch mit Stefan Rahmstorf vom PIK

Herr Rahmstorf, was sind in Ihren Augen die Hauptursachen des anthropogenen Meeresspiegelanstiegs?

Es gibt zwei Hauptursachen. Zum einen fügt schmelzendes Landeis dem Meer zusätzliches Wasser zu. Zum zweiten führen steigende Wassertemperaturen zu einer Ausdehnung des Meerwassers. In den letzten 40 Jahren erklärt die Eisschmelze drei Fünftel und die thermische Ausdehnung zwei Fünftel des gemessenen Anstiegs.

Wie kann der Meeresspiegelanstieg zuverlässig gemessen werden?

Verschiedene Satelliten vermessen seit 1993 ständig und weltweit die Höhe der Meeresoberfläche mit großer Präzision. Sie zeigen einen Anstieg des globalen Meeresspiegels um 3,3 mm pro Jahr. Für den Zeitraum vor Beginn der Satellitenmessungen kann man die Pegelmessungen an zahlreichen Küstenorten der Welt zu Rate ziehen, die allerdings nicht so präzise sind. Die derzeit beste Meeresspiegelkurve für den Zeitraum seit 1880 – sie zeigt einen Anstieg des Meeresspiegels um 18 cm seit 1880 – kombiniert daher die Messungen von besonders zuverlässigen Pegeln an den Küsten mit den Satellitendaten.

Wie ist der Meeresspiegelanstieg, der in den vergangenen Jahren verzeichnet werden konnte, einzuschätzen?

In den vergangenen Jahrtausenden hat es keinen auch nur annähernd vergleichbaren Anstieg gegeben. Dies weiß man aus geologischen Daten, aber auch aus Analysen der Lage von Bauten aus der Römerzeit, die in einer bestimmten Beziehung zum Meeresspiegel stehen. Bei einer Anstiegsrate von 18 cm pro Jahrhundert wäre ja bereits im Mittelalter der Meeresspiegel um zwei Meter niedriger gewesen. Dies ist nicht der Fall. Da der aktuelle Meeresspiegelanstieg also ein modernes Phänomen ist, muss man davon ausgehen, dass er durch die vom Menschen verursachte globale Erwärmung bewirkt wird.

Mit welchem Anstieg müssen wir in der Zukunft rechnen?

Die Modellprojektionen des IPCC ergeben einen Meeresspiegelanstieg bis zum Jahr 2100 um 18 bis 59 cm, je nach Szenario und Modell. Nicht enthalten ist darin allerdings die Gefahr eines Abrutschens von Eis von Grönland oder der Antarktis. Dadurch könnte der Anstieg auch deutlich höher ausfallen. Aus den Messdaten des 20. Jahrhunderts ergibt sich: Je wärmer es wird, desto schneller steigt der Meeresspiegel. Eine Expertenkommission hat vor wenigen Monaten für die holländische



PROF. DR. STEFAN RAHMSTORF
Potsdam-Institut für
Klimafolgenforschung (PIK)

Regierung eine Abschätzung vorgelegt, wonach der globale Meeresspiegel bei ungebremsten Emissionen bis 2100 um bis zu 110 Zentimeter steigen könnte, bis zum Jahr 2200 sogar um bis zu 350 Zentimeter.

Regional kann der Anstieg deutlich unterschiedlich ausfallen: an den Küsten Europas oder dem Nordosten Nordamerikas könnte der Anstieg noch einige Dezimeter über dem globalen Wert liegen, aufgrund veränderter Meeresströme. Es gibt allerdings auch noch nicht ganz verstandene Effekte wie Veränderungen im Gravitationsfeld, wenn das Grönlandeis kleiner wird.

Kurzfristig gibt es auch erhebliche natürliche regionale Schwankungen im Meeresspiegel. Die von den Satelliten gemessenen Meeresspiegeländerungen zeigen daher Gebiete mit einem weit überdurchschnittlichen Anstieg (z.B. um Indonesien oder Neuseeland) und Gebiete, in denen in den letzten zehn Jahren der Meeresspiegel gefallen ist (z.B. in großen Teilen des indischen Ozeans).

Und welche Entwicklung erwarten Sie langfristig?

Entscheidend ist, dass der Meeresspiegelanstieg nicht im Jahr 2100 aufhören wird, auch wenn wir den Anstieg der globalen Temperatur bis dahin gestoppt haben sollten. Der Meeresspiegel reagiert nur langsam und zeitverzögert. Es braucht viele Jahrhunderte, bis die Erwärmung von der Meeresoberfläche in die Tiefsee vordringt. Die bislang diskutierten Zahlen drücken daher nur den Anfang eines andauernden, wesentlich größeren Anstiegs in den folgenden Jahrhunderten aus.

Auch in der Erdgeschichte waren globale Klimaveränderungen stets mit großen Meeresspiegelveränderungen verbunden. In der letzten Eiszeit beispielsweise lag der Meeresspiegel 120 Meter unter dem heutigen Niveau, und das bei einem im globalen Mittel nur rund 5 Grad kälteren Klima. Grund sind die großen Veränderungen der Kontinentaleismassen. Auch heute noch gibt es genug Kontinentaleis auf der Erde, um den globalen Meeresspiegel um rund 70 Meter anzuheben. Der amerikanische Klimatologe James Hansen, Leiter des Klimainstituts der NASA, hat die Eismassen daher kürzlich eine »tickende Zeitbombe« genannt. Die noch im 3. IPCC-Bericht von 2001 formulierte Hoffnung, die Eismasse der Antarktis könne durch die Klimaerwärmung durch zusätzliche Schneefälle anwachsen und damit den Meeresspiegelanstieg bremsen, scheint sich bislang leider nicht zu erfüllen.

Welche Folgen wird der Meeresspiegelanstieg haben?

An den deutschen Küsten gibt es ja in den letzten Jahrhunderten eine große Erfolgsgeschichte: obwohl das Land absank und damit der Meeresspiegel relativ anstieg, konnten durch Deichbau die Landverluste gestoppt und weitere verheerende Sturmfluten verhindert werden.

An vielen Orten der Erde sind dagegen unwändige Küstenschutzbauten entweder nicht finanzierbar oder gar nicht machbar. Besonders gefährdet sind tief liegende Atolle wie die

Malediven, die Marshall Inseln, Kiribati, Tuvalu oder Tokelau. Diese Inselstaaten, die zusammen über 500.000 Menschen ein Zuhause bieten, liegen durchschnittlich nur zwei Meter über dem Meeresspiegel und könnten durch den Klimawandel unbewohnbar werden oder völlig verschwinden.

Die Ökosysteme der Küsten sind oft besonders wertvoll und artenreich. So gelten die tropischen Korallenriffe als das artenreichste marine Ökosystem. Gefährdet sind auch tiefliegende Flussdeltagebiete, die wegen der fruchtbaren Böden oft dicht besiedelt sind. Auch das Eindringen von Salz in das Grundwasser, das sich mancherorts bis zu 50 km ins Land hinein auswirken kann, stellt ein großes Problem dar. Kann entschiedene Klimapolitik noch viel bewirken?

Rein physikalisch betrachtet ist nur ein geringer weiterer Anstieg der Meere unvermeidbar, wahrscheinlich im Bereich von wenigen Dezimetern. Wenn wir ab morgen alle Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen einstellen würden, würde sich die CO₂-Konzentration sofort wieder verringern. Etwas verzögert würde auch die globale Temperatur sinken, bis zum Jahr 2100 etwa auf das Niveau von 1950. Der Meeresspiegel würde seinen Anstieg stark verlangsamen, ab dem nächsten oder übernächsten Jahrhundert würde auch er wieder sinken. Politisch-wirtschaftlich ist ein solches Szenario natürlich nicht denkbar.

Unternehmen wir aber nichts und lassen die Emissionen ungebremst weiter ansteigen, können wir über die kommenden Jahrhunderte mit einem Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern rechnen. Die wesentlichen Weichenstellungen werden in den kommenden ein oder zwei Jahrzehnten erfolgen. Wir müssen eine Entscheidung treffen: Welches Maß an Meeresspiegelanstieg halten wir für vertretbar, und wie viele CO₂-Emissionen können wir uns noch erlauben?

INTERVIEW: MANFRED TREBER

Die Klima-Chancen der Finanzmarktkrise nutzen

Al Gores Fünf-Punkte-Plan bereichert auch die europäische Debatte

Vieles spricht dafür, die internationale Finanzkrise gemeinsam mit der Energie-, Klima- und Welternährungskrise anzupacken. Wer eine Finanzkrise, die durch überzogene und ungesicherte Verschuldung verursacht wurde, durch ein weiteres Ausdehnen der ökologischen Schulden in den Griff kriegen will, wird keine zukunftsfähigen Lösungen hervorbringen. Nötig sind umfassende Konzepte, ein »Green New Deal« oder eine neue »Große Transformation«. Der Übergang wird Brüche erzeugen, aber die Risiken eines »Weiter so« sind weit größer.

Al Gore fasst für die USA die notwendigen Schritte zu einem Fünf-Punkte-Plan zusammen, um die US-Energieversorgung neu aufzustellen und dabei der Finanzkrise massiv zu begegnen. Der Plan bereichert auch die europäische Debatte. Erstens: Es sollen umfangreiche Investitionen in Erneuerbare Energien getätigt werden. Zweitens: Ein SuperSmartGrid, d.h. ein Netz verlustarmer Gleichstrom-Hochspannungserleitungen von den dezentralen Quellen Erneuerbarer Energie zu den Verbrauchern, soll aufgebaut werden. Innerhalb von zehn Jahren soll die US-Wende hin zu Erneuerbaren Energien vollzogen sein. Drittens: Hilfen für den Umbau der Automobilindustrie, insbesondere für die kleinen innovativen Autohersteller, sollen die Produktpaletten hin zu kleinen, sparsamen PKW

und vor allem Elektroautos, die erneuerbaren Strom speichern und abgeben können, verändern. Viertens: Ein umfassender Plan soll die 40 Prozent der amerikanischen Emissionen, die dem Gebäudebestand entstammen, durch Isolierung, neue Fenster und innovative Heizungen drastisch reduzieren. Dies soll vor allem denen helfen, deren Häuser zurzeit weniger Wert sind als die Schulden, die auf ihnen lasten. Fünftens: CO₂ soll auch in den USA einen Preis bekommen. Der Aufbau eines nationalen Emissionshandels soll verbunden werden mit uneingeschränkten Anstrengungen beim Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009, ein wesentlich weitergehendes und wirkungsvolleres Abkommen zu erreichen, als es das Kyoto-Protokoll in seiner bisherigen Form war.

Es ist erfreulich, dass der Plan positiv vom Transformationsteam Obamas kommentiert wurde und frischer Wind aus den USA kommt. Dies ist jetzt besonders wichtig, da die EU taumelt und unsicher ist, ob sie die versprochene Führungsrolle tatsächlich in Form des Energie- und Klimapakets umsetzen will. Deutschland hat sich einstweilen aus dem Führerstand der vermeintlichen Klimalokomotive EU verabschiedet, sowohl in Bezug auf CO₂-Grenzwerte im PKW-Bereich als auch auf einen effektiven Emissionshandel.

STEFAN ROSTOCK



Klima- und Energiesicherheit durch internationale Zusammenarbeit

Können wir eine dritte Industrielle Revolution anstoßen? Regierung und Unternehmen für verbesserte Umsetzung verantwortlich

Sichere Versorgung mit fossilen Energien wird in fast allen Staaten als Grundlage für Wohlstand und Wachstum betrachtet. Die Sicherung des Zugangs zu Öl und Gas sowie dem damit zu verdienenden Geld stellt eines der Hauptmotive für zahlreiche Kriege dar. Zugleich verursacht das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas den menschengemachten Klimawandel.

Bis zum Beginn der jüngsten Wirtschaftskrise stiegen die Öl-, Gas- und – in etwas geringerem Maße – Kohlepreise rapide an. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass

sie erneut steigen, sobald die Weltwirtschaft wieder wächst. Es wurden in den letzten Jahren weltweit so viele Kohle-Kraftwerke gebaut wie nie zuvor. Kanada steigt massiv in die extrem klimaschädliche Nutzung von Ölsänden ein. Erstmals seit hundert Jahren nahm weltweit der CO₂-Ausstoß auch pro Wirtschaftseinheit zu. Wenn das so weiter geht, steht uns bis Ende des Jahrhunderts ein Temperaturanstieg von fünf bis sechs Grad bevor.

Wird es in den nächsten Monaten gelingen, eine dritte Industrielle Revolution hin zur CO₂-armen Zukunft anzustoßen, die zugleich

Energie- und Klimasicherheit fördert? Energieeffizienz und Erneuerbare Energien dienen beiden Zielen – der Reduktion von Treibhausgasen sowie dem Vermindern der Energieabhängigkeit. Für Europas Stromversorgung wäre es möglich, bis Mitte des Jahrhunderts völlig auf Erneuerbare Energien umzusteigen. Dazu bedarf es der Kombination des massiven Ausbaus dezentraler Erneuerbarer Energien und des Laststrommanagements durch ein intelligentes Netz. Darüber hinaus spielt der Import von Strom aus Solarthermie und Wind (Nordafrika), von Offshore-Wind

(Nordeuropa) und Biomasse (Osteuropa) eine bedeutende Rolle.

So wie die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) historisch die Grundlage für eine Entspannungspolitik gelegt hat, müssten jetzt zwischen verschiedenen Akteuren und Regionen die Fragen der Energie- und Klimasicherheit grundlegend verhandelt werden. Die UN-Klimaverhandlungen setzen – hoffentlich – einen wichtigen Rahmen für eine solche Konferenz für Energie- und Klimasicherheit.

RIXA SCHWARZ

Aufbruch für eine internationale Energiewende?

Im Januar 2009 wird in Bonn die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) gegründet

Die Energieprobleme der Welt und damit die Entwicklungsdefizite vieler Regionen können mit den herkömmlichen Energiequellen nicht gelöst werden. Ohne einen weltweit raschen und rapiden Ausbau der Erneuerbaren Energien in Verbindung mit Quantensprüngen in der effizienten Nutzung von Energie ist jeder Versuch, einen katastrophalen Klimawandel abzuwenden, zum Scheitern verurteilt. Alle Erfahrungen zeigen, dass langfristige, eindeutige und gesetzlich verbindliche Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Anreize setzen, der notwendige Motor zum Antreiben der Energiewende sind. Nicht zuletzt Deutschland ist ein Beispiel hierfür. Doch schaut man sich in der internationalen Politik um, gibt es bisher keine internationale Organisation, die diese Wende vorantreiben könnte. Die Weltbank investiert nach wie vor deutlich

mehr in fossile als in Erneuerbare Energien. Die Internationale Energieagentur (IEA) ist ein reiner Zusammenschluss der Industrieländer und hat sich gleichsam mit dem Wachstum der fossilen Energien entwickelt, auch wenn sie in jüngster Zeit den Erneuerbaren Energien ein größeres Gewicht einräumt. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) nach jahrelangen Vorbereitungen, maßgeblich vorangetrieben durch Eurosolar, nun ansteht. Am 26. Januar 2009 wird IRENA in Bonn gegründet. Die Stadt am Rhein ist auch einer der Kandidaten für den dauerhaften Sitz.

IRENA kann ein Schlüsselinstrument werden, um international die Einführung geeigneter politischer Rahmenbedingungen voranzubringen, in notwendigerweise deutlich höherem Tempo als bisher. Sie wird zumindest

in der Anfangszeit eine Koalition der Willigen sein – ein Zusammenschluss von Staaten, die verstanden haben, welche Chancen in einem entschlossenen Ausbau der Erneuerbaren Energien liegen. Es ist daher auch sinnvoll, dass die Organisation nicht als UN-Institution gegründet wird, in der die üblichen Verdächtigen eine Bremserrolle einnehmen könnten. Die Mitglieder werden sich auf Augenhöhe begegnen. Damit werden nicht, wie es beispielsweise in der Weltbank der Fall ist, diejenigen, die am meisten zahlen, auch am meisten zu sagen haben. Bezüglich der entwicklungspolitischen Ziele einer Energierevolution geht es um die Verringerung der Energiearmut in ländlichen Räumen wie auch um die zielgerichtete Integration in städtische Energiesysteme. Auch die Technologiekooperation zwischen verschiedenen Ländern ist ein zentraler Bereich.

Schließlich kann IRENA auch positive Dynamik in die klimapolitische Debatte bringen. Dänemark, neben Deutschland und Spanien einer der Hauptmotoren hinter IRENA, wird bei der Klimakonferenz in Posen eine hochkarätige Veranstaltung zur Vorstellung der IRENA-Initiative organisieren. Indien, das als einziges Land weltweit ein eigenes Ministerium für Erneuerbare Energien eingerichtet hat, wird vermutlich ebenfalls zu den Gründungsstaaten zählen. Es ist zu hoffen, dass eine neue Institution wie IRENA den notwendigen politischen Aufbruchgeist, der für die Energierevolution benötigt wird, besser erzeugen kann als existierende Organisationen. Falls diese Organisationen dies als Start für einen Wettlauf sehen, in dem auch sie die Nase vorne haben wollen, kann das nur von Vorteil sein.

SVEN HARMELING

EU muss Verantwortung gerecht werden!

Energie- und Klimaschutzpaket steht vor seiner Verabschiedung

Auf dem Frühjahrsgipfel 2007 beschloss die EU den Einstieg in ernsthafte Klimaschutz. Nach heftigem Widerstand von Ländern wie Polen und Italien hat sich der Gesetzgebungsprozess verzögert, doch bis zum 12. Dezember 2008 soll das Energie- und Klimaschutzpaket unter Dach und Fach gebracht werden. Wenn das nicht gelingt, wird der Klimagipfel in Posen zur peinlichen Entzauberung der EU-Klimapolitik. Durch das Paket sollen Klimaschutzziele für die EU-Staaten und die wichtigsten Sektoren sowie Instrumente zur Umsetzung beschlossen werden.

Rat und Parlament müssen dem finalen Entwurf der Rechtsakte zustimmen. Gelingt es nicht, das Paket vor der Europawahl im Juni 2009 durchzusetzen, müsste der gesamte Gesetzgebungsprozess wiederholt werden – und die EU könnte noch nicht einmal beim Klimagipfel in Kopenhagen Ende 2009 zeigen, dass sie ernst macht mit dem Klimaschutz. Das vermeintliche Zugpferd EU würde zum Bremsklotz für die internationale Klimapolitik.

Ein wesentlicher Charme des Vorschlags der EU-Kommission besteht in der Formulierung eines doppelten Ziels: So würde sich die EU mit dem Paket ohne Wenn und Aber zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 verpflichten. Wenn es zu einem ernsthaften internationalen Abkommen käme, würde sie die Emissionen automatisch um 30 Prozent verringern. Dieser Automatismus ist allerdings von Seiten einiger Mitgliedsstaaten unter Beschuss. Wenn dies kippt, startet auch die EU ohne Bereitschaft zum notwendigen Handeln für das Begrenzen der Erwärmung unter zwei Grad in die Verhandlungen.

Damit die EU ihre Reduktionsziele er-

reichen kann, muss sie ein effizientes CO₂-Handelssystem entwickeln. Zentral für die Lenkungswirkung ist, dass die Emissionszertifikate nicht kostenlos zugeteilt, sondern an Energiewirtschaft und Industrie versteigert werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Stromkonzerne sonst den höheren Strompreis an die Kunden weitergeben, obwohl sie nichts dafür bezahlt haben – eine Riesensubvention für die größten CO₂-Emittenten.

Die Auktionierung ist gleichzeitig ein entscheidendes Instrument, um Gelder zu generieren, die dringend für den Klimaschutz innerhalb der EU sowie international gebraucht werden. Nach Schätzung der EU-Kommission könnten sich diese Einnahmen bis 2020 auf jährlich 50 Mrd. Euro belaufen, eine Summe, die die jetzt notwendige große Transformation zu einem emissionsarmen Wohlstandsmodell massiv anstoßen kann. Die Entwicklungsländer, die von den negativen Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind, müssen von den Verursacherstaaten unterstützt werden. Waldschutz und Technologiekooperation mit den Schwellenländern müssen finanziert werden. Das EU-Parlament und die EU-Kommission haben vorgeschlagen, dass auf jeden Fall ein Teil der durch die Auktionierung erzielten Gelder international verwendet wird, doch die EU-Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, torpedieren diesen Vorschlag. Wenn allerdings die Versteigerungserlöse nicht zumindest teilweise zweckgebunden verwendet werden, geht die EU-Kommission mit zugenähten Taschen in die entscheidenden Verhandlungen in Kopenhagen. Die Frage »Zweckbindung oder nicht« bedeutet daher auch »ein ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen oder nicht«!

JAN BURCK UND HANNAH VERMASSEN

Preisträger des Germanwatch-Posterwettbewerbs gekürt

Germanwatch hat im Frühjahr 2008 einen Posterwettbewerb zum Thema Klimaschutz gestartet. Die Poster sollen klimapolitisch zentrale Themen – Emissionshandel, Kohle-Moratorium, Erneuerbare-Energien-Gesetz, internationaler Fonds für den Waldschutz sowie Energieeffizienz-Toprunneransatz – einem breiten Publikum näherbringen und Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz aufzeigen. Die Preisträger stehen nun fest. Einige der eingereichten Poster finden Sie auf verschiedenen Seiten dieser Ausgabe der Germanwatch-Zeitung.

Die Poster können in Kürze bei Germanwatch bestellt werden – wir informieren Sie gerne! Coupon auf Seite 4 einsenden oder E-Mail an versand@germanwatch.org genügt! Die Motive aller Preisträger finden Sie unter: www.germanwatch.org/klima/poster08.htm

Oben: Poster aus einer Serie von Nadja Epperlein und Theresa Haufe (Superpixel), die im Wettbewerb den ersten Platz belegten.

Time to Lead – Fordern Sie Ihre Bundeskanzlerin dazu auf, beim Klimaschutz voranzugehen!

Ja, ich unterstütze Germanwatch!

Europas Staats- und Regierungschefs entscheiden JETZT über unsere Antwort auf den Klimawandel! Werden sie den Mut haben, ernst zu machen mit dem Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C zu begrenzen? Werden sie die Chancen einer Klima- und Energiewende für Europa ernsthaft ergreifen?

Damit Europa wirklich eine Vorreiterrolle im Klimaschutz beanspruchen kann, müssen wir:

- Die Treibhausgasemissionen innerhalb der EU bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.
- Sicherstellen, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre übernommenen Verpflichtungen zur CO₂-Einsparung tatsächlich erfüllen.
- Entwicklungsländern zusätzliche finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen, damit diese ebenfalls ihre Emissionen wirksam reduzieren und sich an die negativen Folgen des Klimawandels anpassen können.

Beteiligen Sie sich an der Aktion »Time to Lead« von CAN Europe, Friends of the Earth Europe, Greenpeace und WWF mit einer personalisierten E-Mail. Zeigen Sie Bereitschaft zum Engagement und helfen sie mit, damit wir ein gutes EU-Energie- und Klimapakett bekommen!

Weitere Informationen unter www.timetolead.eu

Ich spende an Germanwatch den Betrag von _____ Euro.

Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von _____ Euro.

Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab: _____

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____ BLZ _____

Datum _____ Unterschrift _____

Name _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ _____ Ort _____

Tel. _____ E-Mail _____

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 200 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 200 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.



Termine

- **Köln, 04.12.08, 20.00 h:** Genug für alle: Nahrung ist ein Menschenrecht! Wanderausstellung und Vortrag mit Adama Sar, Koordinator der senegalesischen Bauernorganisation AJEF. Veranstalter: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Germanwatch, Allerwelthaus Köln, Allerwelthaus Köln, Körnerstr. 77-79, 50823 Köln
- **Bundesweit, 6.12.08: Globaler Klima-Aktionstag.** Veranstalter: Die Klima-Allianz. Mehr Informationen unter www.die-klima-allianz.de
- **Essen, 13.12.08, 10-17h:** Heiße Zeiten Jugendforum, u.a. mit Stefan Rostock: »Das Klima wandelt sich immer schneller – Gegenmaßnahmen brauchen eure Unterstützung!«. Veranstalter: Eine Welt Netz NRW. Weitere Infos: www.heisse-zeiten.org
- **Münster, 6.-7.3.09:** Landeskongress des Eine Welt Netz NRW. Infos ab Januar unter www.eine-welt-netz-nrw.de

Wer wir sind – was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Gerold Kier, Klaus Milke. Layout: Udo Tremmel, Berlin. Auflage 99.000. Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt. Der Förderer übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Förderers übereinstimmen. Der Posterwettbewerb wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst gefördert.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1-2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kiiko
- Hintergrundpapier: Neue IPCC-Szenarien für den Fünften Sachstandsbericht. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/mt08szen.htm
- Diskussionspapier: Making the Adaptation Fund Work for the Most Vulnerable People. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/adfund08.pdf
- Studie: Climate Change, Food Security and the Right to Adequate Food. www.germanwatch.org/klima/klimern.htm
- Artikel: Kommt die große Transformation? Der Verkehr in Zeiten von Klimarestriktion und hoher Erdölpreise. Erschienen im Rundbrief 3/2008 des Forum Umwelt & Entwicklung. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/mt08emob.pdf
- Hintergrundpapier: »Klimaskeptiker« und ihre Argumente. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/skeptiker.htm
- A Brief Legal Opinion: Minimum Benchmarks for Reporting of Companies on (Climate) Risks under European Law. An Analysis of Italian, French and German Law. 8 Euro. www.germanwatch.org/corp/autoeu08.htm
- Health Check 2008 der EU-Agrarpolitik. Gemeinsame Stellungnahme der Verbände. Kostenlos. www.germanwatch.org/handel/health08.htm
- Germanwatch-Rechenschaftsbericht 2007/2008 und Finanzbericht 2007. Kostenlos. www.germanwatch.org/gwselbst/rechb08.pdf
- Bitte informieren Sie mich per E-Mail, sobald die neuen Klima-Poster bestellbar sind.

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Menschenrechten und Entwicklungszielen Vorrang geben

Auswirkungen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf afrikanische Kleinbauern – Konferenzbericht

In Kooperation mit FIAN, der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) veranstaltete Germanwatch am 10. November eine Konferenz zur Bewertung der Auswirkungen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPAs) auf Kleinbauern in Afrika. Diese werden zwischen der EU und ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) verhandelt. Die Konferenz, die in Bonn stattfand, stieß auf reges Interesse. War sie zunächst nur für eine kleine Expertengruppe ausgelegt, lagen letztlich über 60 Anmeldungen vor. Dies verdeutlicht, dass die Thematik der EPAs auch von der Zivilgesellschaft in Europa kritisch beobachtet wird.

Ein weiterer Grund für die große Aufmerksamkeit waren die hochkarätigen Redner und Diskutanten. Neben Vertretern der wichtigen deutschen entwicklungspolitischen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) war Martin Dihm von der

EU-Generaldirektion anwesend, der direkt in die laufenden Verhandlungen involviert ist. Die afrikanische Seite war durch Vertreter von NGOs, z.B. Richard Kimera von Consent in Uganda, vertreten. Olivier de Schutter, der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung bei den Vereinten Nationen, rundete die erste Diskussionsrunde ab.

Ein Kernpunkt der EPAs sind die Regeln und der Zeitplan für die Marköffnung gegenüber Gütern aus der Europäischen Union. Darüber hinaus mandatieren sie weitere Verhandlungen zur Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte, der Investitionsregeln und der öffentlichen Beschaffung, die dann in umfassende EPAs münden. Kritiker befürchten, dass es durch die Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern zu einer Flut von Importen aus der EU kommt, gegen die die lokalen Produkte nicht bestehen können. Von dieser Entwicklung wäre vor allem der Agrarsektor betroffen. Für Afrikas Landwirte, die zum größten Teil Kleinbauern sind, wäre diese Entwicklung besonders prekär. Gegen

die modernen Produktionsweisen in Europa, flankiert von massiven Subventionen, können sie nicht konkurrieren. Sie müssten erhebliche Einbußen ihres Einkommens, das bereits jetzt häufig nicht zur Ernährung der Familie ausreicht, hinnehmen.

Die Konferenz zeigte, dass die Verhandlungen über die EPAs in Europa genau verfolgt werden. Insbesondere die Nichtregierungsorganisationen fordern: Bei der Gestaltung der EPAs soll Menschenrechten und Entwicklungszielen Vorrang eingeräumt werden. Zudem muss die Auswirkung der Abkommen auf diese Themen während der Umsetzung kontinuierlich überwacht werden. Entwicklungsländer brauchen Instrumente zur Regulierung und Steuerung von Handel, die es ihnen ermöglichen, eigene Entwicklungsstrategien zu verfolgen. Sie müssen selbst bestimmen können, welche Themen in Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU enthalten sein sollen. Für 2009 ist eine Fortsetzung der Konferenz geplant.

ANDREAS BERNETZEDER

Beteiligen Sie sich am Klimaaktionstag am 6. Dezember!

Der globale Klima-Aktionstag findet in diesem Jahr am 6. Dezember statt. Im letzten Jahr gingen im Rahmen der Initiative der Klima-Allianz 10.000 Menschen auf die Straße. Dieses Jahr ruft das bundesweite NGO-Bündnis zu dezentralen Aktionen auf. Im Mittelpunkt stehen Unterneh-

men, die zwar öffentlich Klimaschutz versprechen, tatsächlich aber viel zu wenig handeln. Mit Parodien auf Werbeplakate einiger Unternehmen und kreativen Aktionsideen sind alle BürgerInnen eingeladen, am 6.12. aktiv zu werden und ihre Stimme gegen ein klimaschädliches

»Weiter so« zu erheben. Machen Sie vor Ort mit! Oder kommen Sie nach Posen, wo der Aktionstag zur Mitte der Klimaverhandlungen ein Signal für den Klimaschutz setzen wird! Weitere Informationen: www.die-klima-allianz.de



Globaler Klimawandel – Wissen macht Schule

Seit mehreren Jahren prägt der globale Klimawandel die öffentliche und politische Debatte. Doch worum geht es eigentlich, wenn von Treibhauseffekt und Klimawandel die Rede ist? Was steckt hinter Begriffen wie Kyoto-Protokoll, Emissionsziele oder Erderwärmung? Warum werden die Entwicklungsländer als besonders vom Klimawandel betroffen angesehen? Welche Strategien des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen existieren? Dieses beispielsweise in den Fächern Geographie, Biologie, Sozialkunde, Politik und Religion einsetzbare, vor wenigen Wochen erschienene Buch leistet einen hochaktuellen Beitrag zum Verständnis des komplexen Phänomens Klimawandel, seiner Ursachen und Konsequenzen. Darüber hinaus werden konkrete Handlungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen vorgestellt. Alle Kapitel enthalten zudem eine Vielzahl von im Unterricht nutzbaren Abbildungen und Arbeitsaufgaben. ■ »Globaler Klimawandel«, Diercke Spezial – Sekundarstufe I. Erschienen im Westermann Verlag in der Reihe »2005«. 128 S. Erhältlich im Buchhandel zum Preis von EUR 12,50. Informationen und Bestellung auch unter: www.germanwatch.org/klima/diercke08.htm

Germanwatch aktiv in Posen – und Sie?

Posen markiert den Beginn einer entscheidenden Phase für die UN-Klimaverhandlungen. Bis Ende nächsten Jahres soll klar sein, ob ein ambitioniertes internationales Abkommen gelingt, das die Gefahren des Klimawandels stark begrenzt. Germanwatch setzt sich massiv dafür ein. Mit einem inhaltlich breit aufgestellten Team werden wir in Posen versuchen, die Verhandlungen zu beeinflussen. Dabei geht es vor allem um Themen wie Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel für die Hauptbetroffenen oder die Vermeidung von Entwaldung in den Tropen. Neben der Unterstützung des internationalen Climate Action Network (CAN) wird Germanwatch ganz gezielt Druck auf wichtige Delegationen machen und die Öffentlichkeit informieren, u.a. durch Berichte und Pressemitteilungen. Wir planen folgende Aktivitäten:

■ **Der Germanwatch Klimaschutz-Index und der Klima-Risiko-Index**

Wie auch in den vergangenen Jahren wird Germanwatch mit zwei Informationsinstrumenten die Klimaverhandlungen begleiten. Mit dem Klima-Risiko-Index (KRI) zeigt Germanwatch, welche Länder in den letzten Jahren am stärksten von Wetterextremen betroffen waren. In Posen werden wir den KRI 2009 am 4. Dezember der internationalen Öffentlichkeit vorstellen. Der Klimaschutz-Index (KSI) analysiert, wie gut oder schlecht die Klimapolitik der Länder mit den höchsten Emissionen ist, und setzt so insbesondere die »Klimasünder« unter Druck. Der KSI 2009 soll voraussichtlich am 10. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

www.germanwatch.org/kri.htm
www.germanwatch.org/ksi.htm

■ **Klimaversicherung für die Hauptbetroffenen**

Das internationale Expertennetzwerk »Munich Climate Insurance Initiative (MCII)« spielt eine zentrale Rolle bei der konzeptionellen Entwicklung eines internationalen Klimaversicherungsinstrumentes. Dieses soll die durch den Klimawandel am stärksten betroffenen, ärmsten Länder gegen die Auswirkungen extremer Stürme und Überschwemmungen absichern. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, ist Vorstandsmitglied dieses Netzwerks. MCII wird am 4. Dezember die außergewöhnliche Gelegenheit haben, in einem offiziellen Workshop im Rahmen der Verhandlungen zu einem neuen Klimaschutzabkommen seine Ideen für ein internationales Versicherungsinstrument zu präsentieren.

■ **Offizielle Begleitveranstaltung zum Meeresspiegelanstieg**

Der Meeresspiegelanstieg zählt zu den schlimmsten Folgen der Klimaänderung. Aus diesem Grund plant Germanwatch am 2. Dezember in Posen eine offizielle Begleitveranstaltung zu diesem Thema (»A greater risk of

»Es gibt kaum etwas Ungerechteres als den Klimawandel: Er ist wenig demokratisch, betrifft nicht alle gleichermaßen, und diejenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden am meisten darunter.«

Sigmar Gabriel, Bundesumweltminister, bei der Vorstellung des Buches »Die Welt am Scheideweg: Wie retten wir das Klima?« im Juni 2008. Das Buch ist im Handel erhältlich.

sea level rise? New insights since IPCC 2007) mit den renommierten Experten Stefan Rahmstorf und Bill Hare.

■ **Helfen Sie uns!**

Sie können Germanwatch aktiv dabei unterstützen, die Klimaverhandlungen zu beeinflussen, um mehr Gerechtigkeit zu erzielen und das Abwenden eines gefährlichen Klimawandels zu ermöglichen. Jede Spende hilft uns in unserer Arbeit! Einen Spenden-Coupon finden Sie auf Seite 3.

SVEN HARMELING

■ **Eine menschenrechtsbasierte Perspektive auf den Klimawandel: die Hauptbetroffenen in den Fokus rücken**

Gemeinsam mit Brot für die Welt werden wir eine neue Studie vorstellen: »Klimawandel, Ernährungssicherheit und das Recht auf angemessene Ernährung«. Diese verknüpft erstmals

die Debatte um das Menschenrecht auf angemessene Ernährung mit den Verpflichtungen der Verursacherländer, die Anpassung der besonders verletzlichen Staaten an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Die Studie wurde gemeinsam mit Projektpartnern aus drei Kontinenten erarbeitet. Sie wird voraussichtlich am 5. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt.

www.germanwatch.org/klima/klimern.htm

■ **Mentorship für Süd-NGOs**

Germanwatch möchte einigen afrikanischen NGO-Kollegen die Teilnahme an allen Klimaverhandlungen ermöglichen. Sie werden an unseren täglichen Teambesprechungen teilnehmen und gemeinsam mit uns bei den NGO-Strategietreffen sowie bei Treffen mit Delegationen dabei sein.

■ **Helfen Sie uns!**

Sie können Germanwatch aktiv dabei unterstützen, die Klimaverhandlungen zu beeinflussen, um mehr Gerechtigkeit zu erzielen und das Abwenden eines gefährlichen Klimawandels zu ermöglichen. Jede Spende hilft uns in unserer Arbeit! Einen Spenden-Coupon finden Sie auf Seite 3.

SVEN HARMELING

Aktuelle Informationen unter www.germanwatch.org/klimagipfel und klimagipfel.blogspot.com